



Öffentlich

Böblingen, 17.November 2014

Stellungnahme zum Haushalt 2015 des Landkreises Böblingen

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Sigel,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse, liebe Gäste!

Für viele von Ihnen, die neu in diesem Gremium sind, sind diese Haushaltsberatungen eine Premiere. Wie jedes Jahr ist es eine große Herausforderung in sehr kurzer Zeit das gesamte Zahlenwerk so gut wie möglich zu beleuchten und zu verstehen.

Auffällig ist, dass wir über rückläufige Steuereinnahmen reden und nicht mehr als wirtschaftsstärkster Landkreis an der Spitze stehen. Glücklicherweise kann der Rückgang der Einnahmen über die Kreisumlage bei gleichbleibendem Prozentsatz durch die höheren FAG-Schlüsselzuweisungen ausgeglichen werden. Hierauf können wir uns jedoch nicht immer verlassen.

Wie schon in den letzten Jahren angesprochen, sind es überwiegend Pflichtaufgaben, die unseren Haushalt maßgeblich beeinflussen. Leider wurde seitens der Bundesregierung nicht die angekündigte und notwendige Entlastung bei der Eingliederungshilfe bereitgestellt. Ansonsten könnte noch leichter trotz aller anderen Herausforderungen das Kreisumlageniveau zumindest gehalten werden.

Beim Thema Flüchtlingsaufnahme stehen wir vor Herausforderungen, die wir gemeinsam als Landkreis und Kreiskommunen leisten müssen. **Wir beantragen hier einen von der Kreisverwaltung vorzubereiteten kommunalen Flüchtlingsgipfel.** Hier sollten auch Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitskreise zur Flüchtlingshilfe mit einbezogen werden.

Den Landkreis fordern wir auf sich schnellstens aktiv um die in Aussicht gestellten Fördermittel des Landes zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zu bewerben, wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen um Notunterkünfte in Turnhallen oder vergleichbaren Unterkünften zu vermeiden. Wir dürfen uns über die Lasten der zunehmenden Flüchtlingszahlen nicht beklagen. „**Die wirklichen Probleme haben die Flüchtlinge, nicht wir.**“ Treffender als unser Ministerpräsident Kretschmann kann man die Situation nicht formulieren. Ich möchte hier ausdrücklich den Landkreis und viele seiner Kommunen loben. Sie nehmen sich in vorbildlicher Art dieser Probleme an.

Das Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Landkreistages vom Januar und die Beschlüsse des jüngsten Flüchtlingsgipfels machen deutlich, dass das Land hier zu seiner Verantwortung bezüglich der Finanzierung steht. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten der jüngsten Flüchtlingsgipfelgespräche des Landes für die sehr positiven Signale.

Es müssen die Menschen und deren Wohl im Vordergrund stehen.

Um die Integration der Flüchtlinge überhaupt erst möglich zu machen ist als erster Schritt notwendig, dass diese die deutsche Sprache erlernen können. Die derzeitigen Engpässe im Bereich der Sprachangebote müssen schleunigst beseitigt werden.

Die Landkreisverwaltung kann sich bei diesen Aufgaben auf sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen, diese benötigen jedoch dringend Unterstützung. Auch bei einer sinnvollen Einbindung der dankenswerterweise großen Anzahl an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist professionelle Hilfe erforderlich. Deren Potentiale müssen sinnvoll eingebunden werden. Das von den Bürgerinnen und Bürgern angebotene Engagement darf weder ins Leere laufen noch zu einer individuellen Überforderung führen. Das kann nur durch eine professionelle Begleitung gewährleistet werden. **Wir beantragen daher die Bereitstellung einer Vollzeitkraft mit einem entsprechenden Aufgabenportfolio.** Herr Landrat Bernhard, wir verlassen uns hier auf Ihre Kreativität, falls nicht anders machbar sollten wir jedoch bereit sein hier eine zusätzliche Stelle zu installieren.

Letztes Jahr, lange vor den teilweise peinlichen Reaktionen während der Kommunalwahl, hatte ich noch die fehlende Übernahme von Verantwortung in der Bundesrepublik gerügt. Dieses Jahr möchte ich mich bei allen in diesem Bereich engagierten Menschen herzlich für deren vorbildhaftes Verhalten bedanken.

Die Herausforderungen gehen weit über die Unterbringung und Sprachkurse hinaus. Viele der Flüchtlinge im Speziellen auch die Kinder haben auf dem Weg der Flucht traumatische

Erlebnisse hinter sich und gehören entsprechend betreut. Besondere Betreuung benötigen die Kinder und die nichtbegleiteten Jugendlichen.

Ein zentrales Thema ist die Zukunft unserer Krankenhauslandschaft.

Dabei wurde im vergangenen Kommunalwahlkampf, in dem auch die Entscheidung zum Medizinkonzept fiel, so manche Tücke, jedoch auch die Stärke unserer Demokratie sichtbar. Man hat gesehen, wie wichtig es ist, eine möglichst große Transparenz der Sachverhalte zu schaffen, damit die Mehrheit der Bevölkerung bei den anstehenden Entscheidungen mitgenommen werden kann. Ein Informationsdefizit führt dazu, dass man zu leicht mit Emotionen spielen kann, leider ist hiervon auch manche örtliche Presse genauso wie mancher Kommunalpolitiker, der wiedergewählt werden will, nicht frei. Wir Alle sollten daraus lernen, Intransparenz weckt Misstrauen, ob zu Recht oder nicht, offene Kommunikation ist arbeitsintensiver, schafft jedoch Transparenz und Vertrauen.

Trotz dieser Sondersituation haben wir Kreisrätinnen und Kreisräte uns mit deutlich über zwei Drittel Mehrheit hinter das geplante Medizinkonzept gestellt. Nun hoffen wir auf die Bereitstellung der ersten Planungsrate durch den Landeskrankenhausausschuss für das Jahr 2015. Auf dieser Basis können wir dann unseren gemeinsam eingeschlagenen Weg erfolgreich fortsetzen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht:

- Der Einstieg in die Verschlinkung der Klinikverbundstruktur ist durch den in der Sache logischen Ausstieg unseres bisherigen Verbundpartners Sindelfingen erfolgt. Ergänzend sollte schnellst möglich die Anzahl der Aufsichtsgremien auf die momentan möglichen drei Gremien reduziert werden (eine GmbH je Landkreis plus der Holding).
- Die Verabschiedung eines landkreisübergreifenden Medizinkonzeptes ist beispielhaft in Baden Württemberg.
- Hervorzuheben ist hierbei nicht nur die Schwerpunktbildung sondern vor allem auch die Entwicklung einer standortübergreifenden medizinischen Leistungsstruktur. Ein erster Schritt ist hier mit der standortübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Häusern Sindelfingen/Böblingen und Leonberg im Bereich der Frauenheilkunde- und Geburtshilfe bereits erfolgt.

Durch entsprechende Pressemeldungen im Zusammenhang mit dem Bau eines Medizincampus unser Verbundpartner, der Landkreis Calw, wolle aus dem Verbund aussteigen, gab es gewisse Irritationen. Dankeswerter Weise konnte dieses Missverständnis mittlerweile beseitigt werden, alle Partner stehen weiterhin uneingeschränkt zum verabschiedeten Medizinkonzept.

Die weiteren Schritte sind maßgeblich vom Land abhängig, nur bei einer entsprechenden Förderung sind die geplanten Schritte zum Bau eines Zentralklinikums in Sindelfingen/Böblingen zur Schwerpunktbildung, sowie die Sanierung und der notwendige Umbau der

anderen Standorte finanzierbar bzw. umsetzbar. Wir sehen uns hier auf einem guten Weg unser Ziel dezentrale, patientennahe Kliniken in kommunaler Hand, nachhaltig finanzierbar, zu erreichen. Wenn es uns dabei noch gelingt die Standorte durch Zusatzangebote im Bereich Psychiatrie und Pflege zu stärken, haben wir viel erreicht.

Trotzdem stehen wir hier weiterhin vor großen Herausforderungen, wir müssen sehr viel Geld in die Hand nehmen, kurzfristig und mittelfristig werden die geplanten Maßnahmen die Gemeindehaushalte belasten, langfristig aber hoffentlich nachhaltig entlasten.

Der ÖPNV, ein weiteres wichtiges Thema

Nach der Realisierung der S 60 ist unser zentrales Thema im Bereich ÖPNV für den Landkreis Böblingen der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Schönbuchbahn. Hier stehen bei einer unterstellten Förderung von 75% über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für uns Investitionen von ca. 22,5 Mio. € für den unabdingbaren zweigleisigen Ausbau sowie für die Elektrifizierung der Schönbuchbahn im Raum. Weiterhin muss eine Summe von ca. 34 Mio. € zur Beschaffung der Fahrzeuge in die Hand genommen werden. Die Schönbuchbahn ist seit vielen Jahren ein Erfolgskonzept, dies beweisen die stetig steigenden Fahrgastzahlen. Die Marke von 10.000 Fahrgästen wird voraussichtlich im Jahr 2021/22 erreicht, somit ist die Schönbuchbahn eine der attraktivsten Nebenbahnen in Baden-Württemberg. Sie kommt längst in den Bereich des S-Bahn-Status. Die Anträge beim Verkehrsministerium sind gestellt, die letzten Zahlen geliefert, die gewünschten berechtigten Verbesserungen vorgenommen. Nach der Zusage des erwarteten Förderbescheids kann die Maßnahme beschlossen und umgesetzt werden.

Gerne unterstützen wir die Bemühungen des Landkreis Calw zur Realisierung der Hermann-Hesse-Bahn. Seit Jahren kritisieren wir aber dessen Informationspolitik, wir hoffen hier auf die bei unserem gemeinsamen Treffen in Bad Teinach zugesagte Verbesserung des Informationsflusses. Der notwendige NKI von größer 1 wird gutachterlich nur bei einer Anbindung bis Renningen erreicht. Um dies zu realisieren muss unbedingt ein sogenannter Stresstest unter Einbindung der Anrainergemeinden erfolgen. Weiterhin wünschen wir uns eine Einbindung des Verbandes Region Stuttgart, nur so ist es möglich eventuelle Synergieeffekte zur Stärkung der S 60 zu heben. **Gegen die vitalen Interessen der Gemeinden und der Bevölkerung ist kein Projekt durchsetzbar, das sollte den Entscheidern im Landkreis Calw bewusst sein.**

Soziale Themen

Gemeinsam haben wir eine Änderung des Zuschnittes der Ausschüsse vorgenommen, das war richtig, wir haben dadurch die Chance geschaffen die Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung zusammen zu denken. Wir müssen nun den Maßnahmenkatalog

(das Handlungskonzept) des Bildungsplans zügig umsetzen. Auch von uns wurde die Umsetzung der Vorschläge von IMAKA - Personalaufbau zur Stärkung des Know-Hows im Landratsamt - mitgetragen. Wir hatten jedoch gefordert, dass die damit verbundenen Schritte unter Einbeziehung der Freien Träger mit Fingerspitzengefühl für diese verträglich umgesetzt werden. Jüngste Rückmeldungen lassen befürchten, dass dies nicht der Fall ist. Wir bitten Sie, Herr Landrat, dringend mit den Freien Trägern klärende Gespräche aufzunehmen. Unsere Fraktion hält an dem Modell einer Drittfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land/den Landkreis/und die Kommunen fest. Die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit an sich ist, so denken wir, im Gremium unstrittig und muss nicht diskutiert werden. Es geht alleine um den Weg der Finanzierung und ggf. um eine erforderliche Gegenfinanzierung des Landkreisanteiles. Wir halten die Drittfinanzierung für gerechter, dabei beteiligen sich Gemeinden ohne Schulstandorte, deren Schüler z.B. in Schulen anderer Städte und Gemeinden im Landkreis gehen, solidarisch an der Finanzierung der Schulsozialarbeit. Weiterhin ist durch eine kreisweite Behandlung dieses Themas besser sichergestellt, dass keine zu großen Qualitätsunterschiede im Kreis entstehen. Daher fordern wir die Kreisverwaltung auf einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorzulegen, der es ermöglicht, eine Mehrheit im Gremium erzielen zu können.

Der Bericht des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) zum Thema Entwicklung und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Land zeigt uns in seinen zentralen Ergebnissen, die Richtung wirkungsorientierter Jugendhilfe klar auf.

Nach Prüfung der seitherigen Entwicklungsprozesse können wir zu einer weiteren Qualifizierung der Jugendhilfestruktur kommen. Denn die Fallzahlen in der Kinder- und Jugendhilfe gehen zurück, die Kosten in Feldern wie der sozialen Hilfen jedoch steigen weiter.

Unser Ziel ist es die Systeme Schule und Jugendhilfe stärker zu verzahnen.

Die Überlegung - diese beiden Bereiche nicht losgelöst voneinander zu sehen, sondern aus einer gemeinsamen Planungsperspektive heraus - soll Grundlage des Klausurtages im Frühjahr 2015 sein. In Zusammenarbeit mit allen Akteuren wie Freien Trägern, staatlichem Schulamt, der Landkreisverwaltung und Mitgliedern des Kreistages sollen hier Perspektiven entwickelt werden. Diese Idee aus der Kreisverwaltung unterstützen wir gerne!

Wir werden uns die Frage stellen müssen, in welchem Maße Jugendhilfeleistungen zukünftig in enger Kooperation mit den Regelangeboten der Schulen, aber auch den Kindertageseinrichtungen erbracht werden. Außer der Sozialarbeit müssen weitere wichtige Modelle folgen. Zum Beispiel in Bereichen der Schulbegleitung - hier wird zudem eine Unterstützung von Seiten des Landes kommen, um die Hilfen im Unterricht beim Thema inklusive Beschulung zu verbessern.

Entscheidend ist die Gewährleistung von Entwicklungschancen und Bildungsbiografien für die jungen Menschen ohne Unterbrechungen.

Mehrere Handelsabkommen zwischen der EU und unterschiedlichen Partnern -z.B. USA und Kanada)- wie TTIP, CETA und TISA, werden derzeit zum Großteil unter Ausschluss der Parlamente und der Öffentlichkeit verhandelt.

Ziel der Verhandlungen ist der Abbau von Handelsschranken, und zwar sowohl in Bezug auf Handelswaren, als auch auf Dienstleistungen unter anderem auch solche von Kommunen.

Die damit verbunden, in Aussicht gestellten, Verbesserungen hören sich zunächst gut an:

- Abbau von Handelshemmnissen
- Verbesserung von Investitionsbedingungen
- Schaffung von Arbeitsplätzen

In Wirklichkeit droht jedoch die Gefahr, dass sich die Großindustrie Sonderrechte sichert, hin zu einer schrankenloseren Weltwirtschaft. Besonders gefährlich ist hierbei das angestrebte Sonderklagerecht für Konzerne mit der Begründung des Investitionsschutzes. Dies kann das Unterlaufen nationaler und europäischer Verträge ermöglichen, mit der Folge, dass auf Basis eines sogenannten Investitionsschutzes eine andere Rechtsposition wie die von nationalen oder europäischen Gesetzen eingeklagt werden kann, oder zumindest hohe Entschädigungen geltend gemacht werden können. Die geplanten Festlegungen bringen, wenn es nicht gelingt erhebliche Veränderungen durchzusetzen, für die Kommunen und Landkreise erhebliche negative Auswirkungen mit sich. Daher streben wir für die Dezemberrunde auf Basis des gemeinsamen Positionspapiers verschiedener kommunaler Verbände wie z.B. des Deutschen Städtetages und der Deutschen Landkreisvertretung gemeinsam mit Ihnen eine interfraktionell getragene Resolution an.

Diese hat das Ziel die erheblichen Risiken für die Kommunen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet werden, darzustellen und öffentlich bekannt zu machen. Beeinträchtigungen dieser, für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen durch Freihandelsabkommen, müssen – auch zum Schutz der regionalen KMU-Betriebe und des Handwerks - ausgeschlossen werden. Auch hier gilt, wer nichts zu verbergen hat und Akzeptanz will, sollte eine öffentliche Diskussion der Inhalte und deren Auswirkungen nicht scheuen.

Weltklimarat drängt Regierungen zum Handeln

Wissenschaftler warnen vor immensen Kosten. Der neue Klimabericht zeigt die Gefahren des Klimawandels drastischer als je zuvor. Die Politik hat keine Ausreden mehr, sagen Forscher. Der Mensch muss schnell handeln, denn „es gibt keinen Planeten B“. **„Die Kosten**

des Nichthandelns werden entsetzlich höher sein als die Kosten des Handelns“. Dies ist ein Originalzitat aus dem Mantel unserer lokalen Presse vom Montag 3. November 2014. Hier wird uns einmal wieder deutlich vor Augen geführt, dass wir dringend die von uns beschlossenen Klimaschutzkonzepte umsetzen müssen. Das Geld, das in den Klimaschutz investiert wird, erzielt langfristig die beste Rendite:

- Es entlastet die Umwelt und schafft Arbeitsplätze.
- Es bewahrt uns vor enormen Folgekosten basierend auf klimabedingten Umweltkatastrophen.
- Es reduziert den Verbrauch von fossilen Brennstoffen, macht uns somit auch unabhängiger von deren Import häufig aus Krisenregionen.
- Es ermöglicht bei gleichzeitiger Umsetzung von Energieeffizienzsteigerungen auch einen viel höheren beinahe vollständigen Deckungsgrad unserer Versorgung über alternative Energien.

Hier gibt es weiterhin nur ein Motto: **Global denken und Lokal handeln.** Wir fordern hiermit noch einmal eine schnelle konsequente Umsetzung des von uns im letzten Jahr beschlossenen Klimaschutzkonzeptes.

Jedoch nicht nur beim Klima gibt es rasante Veränderungen – jeder bemerkt es schon im privaten Bereich, im beruflichen Bereich ist es jedoch noch deutlicher sichtbar: **die Digitalisierung unserer Welt schreitet rasant voran.** Nahezu noch wichtiger als die Autobahnen für die Fahrzeuge sind die sogenannten Datenautobahnen. Ein Landkreis wie der Landkreis Böblingen mit so vielen attraktiven Unternehmen kann keine bessere Wirtschaftsförderung vornehmen als den konsequenten und schnellen Ausbau dieser Infrastruktur. Die grün-rote Landesregierung hat dies auch schon länger erkannt, deshalb ist dieses Thema auch Chefsache, Ministerpräsidenten Kretschmann sagte in Tuttlingen: **„Daten sind die Ölquellen der Zukunft.“**

Beim Vergleich der Kreisumlagesätze in der Region sind deutliche Unterschiede erkennbar. Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, den begonnenen Weg des Aufzeigens der qualitativen Unterschiede für die höhere Umlage deutlich zu machen, fortzusetzen. Hier zwei Beispiele: Liegt die Ursache in einer anderen Herangehensweise bei der Verteilung der Kosten wie z.B. beim ÖPNV oder an höheren Standards, die wir uns leisten, wie zum Beispiel bei den beruflichen Schulen?

Wir Grünen wünschen uns in Anbetracht der anstehenden großen Investitionen im Bereich der Kliniken und des ÖPNV auch mittelfristig eine Kreisumlage kleiner 40%. Diese Hemmschwelle haben Sie, Herr Bernhard, für dieses Jahr mit 39,9% auch eingehalten. Aus unserer Sicht gibt es noch Spielraum im vorliegenden Haushalt speziell bei den Grunderwerb-

steuereinnahmen, auch an anderer Stelle zeichnen sich Verbesserungen ab. Wir sind jedoch auch dafür, Sicherheiten im Haushalt zu belassen. Ich will nicht soweit gehen von einem drohenden Nachtragshaushalt zu reden, aber moderate Rücklagen zur Abfederung von Risiken seien Ihnen gegönnt, zumal ein eventuelles Plus uns in den Folgejahren wieder gut tut. Eine Kontinuität und Verlässlichkeit beim Hebesatz sind uns wichtiger als dieses Mal näher an die Schmerzgrenze zu gehen. Daher fordern wir die Kreisumlage um einen halben Prozentpunkt auf 39,4 % zu reduzieren.

Zum Schluss:

Zur besseren Bewertung und Vergleichbarkeit begrüßen wir transparente Kennzahlen in allen Bereichen des Haushaltes. Der Umfang des Postens Soziales verleitet dazu dort die größten Einsparmöglichkeiten zu suchen. Die uns von Ihnen jüngst vorgelegten Zahlen zeigen jedoch, dass wir auch hier vorsichtig sein müssen. Im Bereich Soziales liegen wir beim Nettoressourcenbedarf je Einwohner in Euro deutlich unter dem regionalen Durchschnitt der Landkreise. Wir haben sogar den geringsten Wert. Beim Vergleichswert der Hilfe für junge Menschen sind wir allerdings „überdurchschnittlich“. Es gibt aber auch ganz andere Bereiche, bei denen wir deutlich überdurchschnittlich die Spitzenposition einnehmen. Zum Beispiel beim Nettoressourcenbedarf je Kilometer bei den Kreisstraßen; weitere Bereiche, in denen wir an der Spitze liegen, sind die Ausgaben je Schüler in den berufsbildenden Schulen und der ÖPNV.

Uns fehlt jedoch hierbei noch jegliches Gefühl für die Kennzahlen und dafür, ob deren Bezugsgröße auch wirklich die für diesen Bereich entscheidende ist. Weiterhin muss eine dabei eingenommene Spitzenposition nicht automatisch ein Warnsignal sein, sie kann ggf. auch belegen, dass man bei der Umsetzung von Maßnahmen z.B. zur Verbesserung der Verkehrsangebote im ÖPNV-Bereich auf dem richtigen Weg ist. Wenn die Ausgaben in einem gesunden Verhältnis zur tatsächlichen Nachfrage und des Bedarfes der Bevölkerung liegen, handelt es sich hierbei um gut investiertes Geld.

Bei unserer Fraktionsklausurtagung haben wir für uns festgestellt, dass es für alle Ausschüsse und deren Aufgaben hilfreich wäre Ziele und Qualitätsansprüche zu definieren und zu beschließen. Diese Grundsatzbeschlüsse können die Arbeit auf der verwaltungs- und der kommunalpolitischen Seite vereinfachen. Somit sind diese Beschlüsse nicht mehr immer wieder neu bei jeder Einzelentscheidung erforderlich, sondern als Orientierung vorhanden. Zudem erleichtert eine solche Basis auch Neulingen im Gremium den schnelleren Einstieg. Die Anregung von Landrat Bernhard auf unserer Klausurtagung, Strategieklausuren bzw. Workshops durchzuführen, halten wir für einen guten Vorschlag.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, bei Ihnen, Herrn Sigel, und bei all' den Damen und Herren der Kreisverwaltung für die stets freundliche und offene Zusammenarbeit.

Und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Kreistagsfraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Mundle', written in a cursive style.

Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Anlage: Übersicht Anträge Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2015